2017/37 Ausland

https://jungle.world/artikel/2017/37/der-verschwundene-geht-alle

In Argentinien ist ein Demonstrant »verschwunden«

Der Verschwundene geht alle an

Von **Jessica Zeller**

Im August protestierten indigene Mapuche im Süden Argentiniens. Seither ist ein junger Mann verschwunden. Der Fall erinnert stark an die Praxis des »Verschwindenlassens« während der Militärdiktatur.

»Es sind 30 001 Verschwundene!« Der Argentinier Luis Tomé steht in einer Menschenmenge von knapp 100 Personen auf dem Berliner Wittenbergplatz und hält ein selbstgebasteltes Plakat in die Höhe. Es ist der 1. September, das Gebäude der argentinischen Botschaft ist in Sichtweite. Mehr als 30 Jahre ist es her, seit Tomé, der Architekt ist und in den siebziger Jahren Mitglied der peronistischen Jugendbewegung war, aus politischen Gründen nach Deutschland floh. In Argentinien wurden unter der letzten Militärdiktatur als »subversiv« eingestufte Menschen willkürlich verhaftet, gefoltert und ermordet. Von den meisten der 30 000 Verschwundenen fehlt immer noch jede Spur. Angehörige und Freunde haben die Hoffnung, sie lebend zu finden, längst aufgegeben. Es gibt keine Gräber, an denen sie um sie trauern könnten.

Seit dem 1. August hat Argentinien einen Verschwundenen mehr: Santiago Maldonado, 28 Jahre alt, geboren und aufgewachsen in der Provinz Buenos Aires. Der junge Mann lebte seit einigen Monaten als Kunsthandwerker in Patagonien. Immer wieder beteiligte er sich an Protesten der indigenen Mapuche, die dort ansässig sind. Seit den neunziger Jahren befinden sich riesige Gebiete im Süden des Landes – unter anderem solche, auf denen die Mapuche seit Jahrhunderten leben – im Privatbesitz transnationaler Konzerne. Dem Textilunternehmen Benetton gehört mit knapp 900 000 Hektar die größte Fläche. Die Indigenen verlangen die Rückgabe ihres Landes, eine kleine Gruppe Mapuche hält seit 2015 einen Teil der Benetton-Ländereien besetzt. Doch der argentinische Staat sperrt sich dagegen. Unter der Regierung des rechtskonservativen Präsidenten Mauricio Macri ist die Repression stärker geworden. Seit Ende Juni befindet sich ein Anführer der Proteste, Facundo Jones Huala, in Haft, er soll ins benachbarte Chile ausgeliefert werden, wo ihm eine lange Haftstrafe droht.

Im Juli hatten Protestierende aus Solidarität mit Huala eine Landstraße in der Gemeinde Pu Lof in der Provinz Chubut blockiert. Am 1. August räumte die argentinische Gendarmerie

die Blockade gewaltsam und trieb die Flüchtenden unter Einsatz von Gummigeschossen und scharfer Munition durch einen eiskalten Fluss. Santiago Maldonado, der nicht schwimmen konnte, blieb den Schilderungen anderer Protestierender zufolge in Ufernähe und suchte Schutz unter einem Baum. Dorthin folgten ihm mehrere Polizisten. Weiter berichten Augenzeugen, dass Einsatzkräfte eine Person in einen Mannschaftswagen verfrachtet hätten. Danach verliert sich die Spur.

»Wo ist Santiago Maldonado?« Diese Frage bewegt seitdem nicht nur seine Freunde und Angehörigen, sondern Millionen Argentinierinnen und Argentinier auf der ganzen Welt. »Wir sind schon ziemlich besorgt über die Ereignisse in Argentinien. Die alten Methoden werden wieder angewandt«, sagt der Demonstrant Tomé auf der kleinen Kundgebung in Berlin. Einen Monat nach dem Verschwinden, beziehungsweise nach dem mutmaßlichen Verschwindenlassen, fanden in vielen Städten Demonstrationen statt. Die weitaus größte war die in Buenos Aires, wo Tausende Menschen Plakate mit einem Foto des Verschwundenen und der Frage »Wo ist er?« hochhielten.

Vorausgegangen waren kleinere Proteste. Fußballspieler argentinischer Teams gingen mit Maldonado-Transparenten aufs Spielfeld. In den sozialen Medien gab es bis zu einer halben Million Tweets und Postings. Auch Diego Maradona bekundete seine Solidarität. Maldonado geht alle an. Denn obwohl er nicht der erste Verschwundene in der Zeit der argentinischen Demokratie ist – einigen armen Jugendlichen und Mapuche erging es schon vor ihm so –, waren die Parallelen zu den Fällen während der Diktatur noch nie derart offensichtlich wie hier. Zudem können sich viele, auch in der Hauptstadt, mit einem weißen Mann aus der Mittelschicht identifizieren, der ebenso gut ein Kollege oder Nachbar sein könnte.

Im Gegensatz dazu steht das Agieren der argentinischen Regierung unter Präsident Macri und der politisch verantwortlichen Ministerin für nationale Sicherheit, Patricia Bullrich. Bereits am 5. August forderte der UN-Ausschuss gegen das Verschwindenlassen (Committee on Enforced Disappearances) auf Initiative des renommierten argentinischen Menschenrechtszentrums CELS die Regierung auf, »dringend alle Maßnahmen zu ergreifen«, um Maldonado zu finden. Amnesty International und die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte CIDH zogen nach – ohne Erfolg. Als sich Bullrich am 7. August erstmals öffentlich zu dem Fall äußerte, verkündete sie selbstsicher, es gebe »keinerlei Anzeichen« dafür, dass die Gendarmerie Maldonado festgenommen habe. Alle beteiligten Polizisten seien befragt worden, niemand wisse etwas von dem Mann. Zudem seien alle Protestierenden vermummt gewesen, wer könne da mit Sicherheit sagen, ob Maldonado überhaupt an Ort und Stelle gewesen sei?

Später spielte die Regierung der Presse Material zu, in dem von 77 gewalttätigen Angriffen durch die Mapuche in den vergangenen Jahren die Rede ist. Einmal mehr zeichnete sie das Bild der gefährlichen indigenen Terroristen im Süden des Landes. Ein sozialer Konflikt, so die von der Regierung nahegelgte Sichtweise, existiert nicht, wohl aber ein gefährliches »Sicherheitsproblem« – gegen das der Staat auch rücksichtslos vorgehen kann. Dabei haben die Mapuche in der Vergangenheit meist lediglich geringfügige Sachbeschädigungen begangen. Zusätzlich brachten Regierungskreise wilde Gerüchte und Vermutungen über Maldonados Verbleib in Umlauf. Er habe sich verirrt, sei bereits über

alle Berge nach Chile oder bei einer früheren Protestaktion verletzt worden und deshalb am 1. August gar nicht dabei gewesen.

Gastón Chiller, der geschäftsführende Direktor des CELS, sagte kürzlich während eines Besuchs in Patagonien: »Über 35 Tage lang setzte die Regierung alles daran, von den Nachforschungen abzulenken.« Zwar sei es weiterhin nur eine Hypothese, dass Maldonado von den Ordnungskräften verschleppt und anschließend womöglich getötet worden sei. Allerdings sprächen viele Anzeichen für diese Möglichkeit.

Die Justiz soll aufklären, was am 1. August wirklich passiert ist. Im Verfahren vor dem Provinzgericht wegen »gewaltsamen Verschwindenlassens einer Person« tritt das CELS als Nebenkläger auf und hofft auf die Zeugenaussagen. Doch wichtige Spuren und Beweismittel sind möglicherweise bereits vernichtet worden. Und mit dem Prozess ist derselbe Richter betraut, der auch die Räumung der Straßensperre angeordnet hat.

Auch in der Hauptstadt nimmt die Kriminalisierung sozialer Proteste zu. Nach der friedlichen Großdemonstration am 1. September in Buenos Aires wurden 31 Personen unter dem Vorwurf der »öffentlichen Einschüchterung« festgenommen und bis zu drei Tagen lang festgehalten, ohne ihnen Kontakt zu Anwälten zu ermöglichen.

© Jungle World Verlags GmbH